

# **Ausschuss für Rohrfernleitungen (AfR)**

**beim Bundesministerium für  
Umwelt, Naturschutz nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
(BMUV)**

## **Vollzugsbehörden für Rohrfernleitungen**

**Bestandsaufnahme zu Aufgaben und Strukturen der  
Behörden**

**Erarbeitet von der  
AfR - Arbeitsgruppe „Vollzugsbehörden“, September 2024**

**AfR-07**

Der Ausschuss für Rohrfernleitungen (AfR) ist ein nach § 9 Rohrfernleitungsverordnung (RohrFLtgV) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) gebildetes Gremium.

Seine Geschäftsstelle ist bei der Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung in Berlin eingerichtet.

---

Anmerkung:

Dieser Bericht wurde mit großer Sorgfalt erstellt. Dennoch übernehmen Verfasser und Auftraggeber keine Haftung für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler. Aus etwaigen Folgen können daher keine Ansprüche gegenüber Verfasser und / oder Auftraggeber gemacht werden.

Dieser Bericht darf für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigt werden. Auftraggeber und Verfasser übernehmen keine Haftung für Schäden im Zusammenhang mit der Vervielfältigung oder mit Reproduktionsexemplaren.

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                               |                                                                                 |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1.                                                                                                            | Veranlassung .....                                                              | 1  |
| 2.                                                                                                            | Aufgaben der Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen ..... | 2  |
| 2.1                                                                                                           | Allgemeines .....                                                               | 2  |
| 2.2                                                                                                           | Zulassungen .....                                                               | 2  |
| 2.2.1                                                                                                         | Planfeststellung / Plangenehmigung .....                                        | 2  |
| 2.2.2                                                                                                         | Anzeige .....                                                                   | 4  |
| 2.3                                                                                                           | Stilllegung, Erneute Inbetriebnahme .....                                       | 4  |
| 2.4                                                                                                           | Überwachung .....                                                               | 5  |
| 2.5                                                                                                           | Anerkennung von Prüfstellen .....                                               | 6  |
| 3.                                                                                                            | Zuständige Vollzugsbehörden .....                                               | 8  |
| 4.                                                                                                            | Zusammenfassung / Ausblick .....                                                | 9  |
| Anlage 1 Aufgaben der Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen .....                      |                                                                                 | 10 |
| Anlage 2 Zuständige Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen im Sinne der RohrFLtgV ..... |                                                                                 | 12 |

# 1. Veranlassung

Die AG „Vollzugsbehörden“ hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der Anforderungen der RohrFLtgV eine Bestandsaufnahme zu Strukturen und Aufgaben der Behörden, die in den einzelnen Bundesländern mit Rohrfernleitungsanlagen betraut sind, durchzuführen. Eine bundesweite Harmonisierung des Vorgehens soll durch das Dokument ermöglicht werden.

Rohrfernleitungsanlagen enden in der Regel nicht an Bezirks- oder Landesgrenzen. Es ist deshalb anzustreben, dass von den verschiedenen Vollzugsbehörden

- in Errichtungs- und Betriebsgenehmigungen gleiche Anforderungen für die Regelung gleicher Problematiken erhoben werden und
- die Überwachung nach vergleichbaren Kriterien erfolgt.

Eine Abstimmung zwischen den zuständigen Behörden ist sinnvoll.

Für Betreiber von Rohrfernleitungsanlagen ist es wichtig,

- die für sie zuständigen Landesbehörden und deren Strukturen zu kennen, und
- dass sich die zuständigen Behörden länderübergreifend über Entscheidungen zu Errichtung, Änderung und Betrieb derselben Rohrfernleitungsanlage verständigen.

## **2. Aufgaben der Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen**

### **2.1 Allgemeines**

Die Aufgaben und Inhalte des Verwaltungsvollzugs im Bereich der Rohrfernleitungsanlagen ergeben sich für die zuständigen Behörden aus dem Gesetz über die Umweltverträglichkeit (UVPG), der RohrFLtgV sowie dem Verwaltungsverfahrensgesetz.

In diesem Zusammenhang sind i. d. R. die Belange weiterer Rechtsbereiche zu berücksichtigen.

Im Folgenden sind mit „zuständigen Behörden“ die für den Vollzug von UVPG bzw. RohrFLtgV zuständigen Behörden zu verstehen.

Grundsätzlich hat die Behörde die Aufgabe, zu prüfen, ob die Rohrfernleitungsanlage so errichtet und betrieben wird, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit vermieden wird und insbesondere schädliche Einwirkungen auf den Menschen und die Umwelt nicht zu besorgen sind. Hierzu hat der Gesetzgeber rechtliche Vorgaben für die Zulassung und Überwachung der Rohrfernleitungsanlagen erlassen.

Die Durchführung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren stellt an die Vollzugsbehörden hohe technische und verwaltungsrechtliche Anforderungen. Deshalb ist der Einsatz von Technikern (Ingenieuren), Juristen und Verwaltungsfachpersonal erforderlich. Insbesondere bei der Überwachung liegt der Schwerpunkt der Aufgaben im Bereich der Technik.

Die Anlage 1 dieses Berichtes enthält eine Aufstellung der behördlichen Aufgaben entsprechend der rechtlichen Vorgaben.

### **2.2 Zulassungen**

#### **2.2.1 Planfeststellung / Plangenehmigung**

Eine wesentliche Aufgabe der Vollzugsbehörden ist die Durchführung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren gemäß § 65 UVPG für die

Errichtung und den Betrieb von Rohrfernleitungsanlagen, die in der Anlage 1 des UVPG unter den Nummern 19.3 bis 19.6 aufgeführt sind und die genannten Größenwerte für eine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht erreichen oder es sich um Rohrfernleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe handelt, sowie die Änderung dieser Rohrfernleitungsanlagen.

Sofern die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) für das Vorhaben besteht und damit ein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist, führt die zuständige Behörde wesentliche Arbeitsschritte durch wie

- die Durchführung eines Scopingtermins,
- die Prüfung der Vollständigkeit und Aussagefähigkeit der Antragsunterlagen entsprechend Anhang I der Technischen Regel für Rohrfernleitungen (TRFL) sowie - eingeschränkt auf voraussichtliche Vollständigkeit und Aussagefähigkeit - für durch die Konzentrationswirkung der Planfeststellung entfallende andernfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Entscheidungen für das Vorhaben, ggf. einfordern nachträglicher Unterlagen,
- die Beteiligung von Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange,
- die Prüfung der Antragsunterlagen auf Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben,
- die Prüfung, ob durch die gutachtliche Stellungnahme einer anerkannten Prüfstelle nach § 6 RohrFLtgV<sup>1</sup> geprüft und bescheinigt worden ist, dass vom Antragsteller in den Antragsunterlagen nachgewiesen worden ist, dass Bauart und vorgesehene Betriebsweise den Anforderungen des § 3 RohrFLtgV entsprechen,
- die Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung),
- die Durchführung eines Erörterungstermins und
- die Entscheidung nach Abwägung aller Belange und Interessen.

Sofern keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, wird für das Vorhaben ein Plangenehmigungsverfahren durchgeführt; hier entfällt lediglich die Beteiligung der Öffentlichkeit einschließlich des Erörterungstermins.

---

<sup>1</sup> Im Weiteren nur noch als anerkannte Prüfstelle bezeichnet.

### **2.2.2 Anzeige**

Rohrfernleitungsanlagen, die die Größenwerte der in Anhang 1 Nummern 19.4 bis 19.6 UVPg aufgeführten Rohrfernleitungsanlagen unterschreiten und Stoffe mit den in § 2 Abs. 1 RohrFLtgV genannten Merkmalen befördern, die nicht als wassergefährdenden Stoffe gelten, bedürfen bei Errichtung, Betrieb und Änderung keiner Planfeststellung bzw. Plangenehmigung. Für solche Anlagen ist die Errichtung oder wesentliche Änderung mindestens acht Wochen vor dem vorgesehenen Beginn gegenüber der zuständigen Behörde gemäß § 4a RohrFLtgV anzuzeigen.

In diesem Zusammenhang führt die zuständige Behörde innerhalb von 8 Wochen gemäß § 4a Abs. 2 RohrFLtgV wesentliche Arbeitsschritte durch wie

- die Prüfung der Vollständigkeit und Aussagefähigkeit der Anzeige, d. h. auf Vorlage aller für die Beurteilung der Sicherheit erforderlichen Unterlagen und einer ausreichenden Beschreibung des Vorhabens
- die Prüfung, ob auf Basis der vorgelegten Unterlagen durch die gutachtliche Stellungnahme einer anerkannten Prüfstelle nach § 6 RohrFLtgV geprüft und bescheinigt worden ist, dass mit den Unterlagen nachgewiesen worden ist, dass Bauart und vorgesehene Betriebsweise den Anforderungen des § 3 RohrFLtgV entsprechen, und
- die Beanstandung der Anzeige, sofern die vorgenannten Anforderungen nicht erfüllt werden.

## **2.3 Stilllegung, Erneute Inbetriebnahme**

Sollen Rohrfernleitungsanlagen

- vorübergehend mehr als sechs Monate stillgelegt,
- nach vorübergehender Stilllegung erneut in Betrieb genommen oder
- endgültig stillgelegt

werden, ist dies gemäß § 4 Abs. 3 RohrFLtgV rechtzeitig vorher der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Behörde prüft, ob die Anzeige alle notwendigen Maßnahmen enthält (siehe auch Bericht AfR-04 „Stilllegung von Rohrfernleitungsanlagen - Empfehlungen zur Umsetzung der rechtlichen Anforderungen“).

## 2.4 Überwachung

Die zuständige Behörde hat die Erfüllung der Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses bzw. der Plangenehmigung gemäß § 68 UVPG zu überwachen. Des Weiteren ist die Umsetzung der verschiedenen Anforderungen nach RohrFLtgV zu kontrollieren.

Wichtige Elemente der behördlichen Überwachung sind

- die Prüfung der nach § 4 Abs. 2 RohrFLtgV erforderlichen (Fortschreibungen der) zusammenfassenden Dokumentation,
- die Kontrolle der Durchführung und der Ergebnisse der wiederkehrenden Prüfungen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 RohrFLtgV und TRFL Anhang II 3 sowie
- Kontrolle der Durchführung und der Ergebnisse der Prüfung vor erstmaliger oder erneuter Inbetriebnahme gemäß § 5 Abs.1 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 2a RohrFLtgV sowie TRFL Anhang II 2 und II 4,
- die Prüfung, ob alle Punkte der Schadensfallvorsorge erfüllt und hierbei insbesondere die Notfallübungen regelmäßig durchgeführt werden.

Im Rahmen der Überwachung kann die Behörde auf der Grundlage der RohrFLtgV Anordnungen gegenüber dem Betreiber treffen und sich Unterlagen vorlegen lassen. Des Weiteren kann sich die Behörde den gem. Abschnitt 12.2.1 Teil 1 TRFL bestellten Betriebsleiter sowie seine Vertretung benennen lassen.

Auf Antrag des Betreibers entscheidet die für die Überwachung zuständige Behörde auf der Grundlage technisch nachvollziehbarer Begründungen, dass von der Anlage eine geringe Gefährdung ausgeht, über eine Verlängerung der Fristen für die wiederkehrende Prüfung.

Bei Schadensfällen nimmt die zuständige Behörde die Anzeige gem. § 7 RohrFLtgV entgegen, überprüft die Sachlage und entscheidet entsprechend des Umfangs und möglicher Auswirkungen des Schadens über die Einschaltung weiterer Fachbehörden. Die Behörde kann vom Betreiber verlangen, den Schadensfall durch eine anerkannte Prüfstelle sicherheitstechnisch beurteilen zu lassen. Bei neuen Erkenntnissen kann die zuständige Behörde zusätzliche Schutzvorkehrungen fordern und ggf. anordnen. Falls

ein Schadensfall an einer Rohrfernleitungsanlage im räumlichen Bereich eines Tanklagers auftritt, wird auch die sogenannte „Schnittstellenproblematik“ geprüft (siehe auch Bericht AfR-03 „Schnittstelle: Rohrfernleitung/Tanklager“).

Handelt der Betreiber vorsätzlich oder fahrlässig entgegen den Anforderungen aus der Zulassung oder der RohrFLtgV, kann die zuständige Behörde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten. Darüber hinaus ist bei Annahme des Vorliegens einer Straftat (z. B. § 327 Abs. 2 Strafgesetzbuch, z. B. Betrieb ohne erforderliche Genehmigung oder Planfeststellung bzw. entgegen vollziehbarer Untersagung) der Vorgang an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben (wie z. B. geregelt in der Allgemeinverfügung „Einrichtung einer Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen (ZeUK NRW)“ d. JM NRW vom 1. Oktober 2023, JMBL NRW 2023 S. 826 ff.).

Die zuständige Behörde sollte den AfR über aufgetretene Schadensfälle sowie daraus gewonnene Erkenntnisse informieren. Diese Informationen zu möglichen Fehlerquellen stellen eine maßgebliche Erkenntnisquelle für die dem Ausschuss zugewiesene Aufgabe des Vorschlags von dem Stand der Technik entsprechenden Regeln für Errichtung, Beschaffenheit und Betrieb von Rohrfernleitungsanlagen dar.

## **2.5 Anerkennung von Prüfstellen**

Gemäß § 6 RohrFLtgV hat die zuständige Behörde über einen Antrag auf Anerkennung als Prüfstelle zu entscheiden. Dazu sind die in der RohrFLtgV sowie in den vom BMUV im Bundesanzeiger veröffentlichten Anforderungen an Prüfstellen für Rohrfernleitungsanlagen<sup>2</sup> nach § 9 Abs. 2 Nr. 3 RohrFLtgV vom 24. Oktober 2023 enthaltenen organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen zu prüfen.

Die zuständige Behörde prüft im Rahmen des Anerkennungsverfahrens insbesondere die Erfüllung der in § 6 Abs. 2 RohrFLtgV genannten grundlegenden Anforderungen:

- die Unabhängigkeit der Prüfstelle und des Personals,
- Verfügbarkeit der erforderlichen Organisationsstrukturen, des erforderlichen Personals und der notwendigen Mittel und Ausrüstungen,

---

<sup>2</sup> BAnz AT 08.03.2024 B6

- Nachweis ausreichender Fachkunde, Erfahrung und Zuverlässigkeit des Personals sowie der Möglichkeit, das Personal fachlich weiterzubilden,
- Erfahrungsaustausch, sowohl intern als auch mit anderen Stellen,
- Vorhandensein eines Qualitätsmanagementsystems mit angemessener und wirksamer Qualitätssicherung.

Eine Akkreditierung (z. B. als Inspektionsstelle nach DIN EN ISO/IEC 17020) wird von der zuständigen Behörde im Anerkennungsverfahren berücksichtigt.

Das Anerkennungsverfahren beinhaltet folgenden Schritte der zuständigen Behörde:

- formelle Prüfung der Antragsunterlagen – sind alle notwendigen und aussagekräftigen Unterlagen eingereicht?
- fachliche Prüfung – erfüllen die eingereichten Unterlagen alle rechtlichen Vorgaben?
- Vor-Ort-Begutachtung – verfügt die Stelle über die notwendige Organisationsstruktur, die technische und personelle Ausstattung sowie ein geeignetes QM-System?
- Witness-Audit(s) – verfügt das Personal der Prüfstelle bei der Anlagenprüfung sowie bei der technischen und rechtlichen Bewertung über die erforderliche fachliche Kompetenz?
- Anerkennung nach § 6 RohrFLtgV (für eine Dauer von höchstens 5 Jahren).

Im Anerkennungszeitraum werden von der zuständigen Behörde regelmäßige Überwachungen der anerkannten Prüfstelle, einschließlich Witness-Audits, durchgeführt.

Stellt die Behörde Abweichungen von Anforderungen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens oder bei der Überwachung fest, fordert sie deren Nachbesserung. Dabei werden folgende Schritte durchgeführt:

- Dokumentation der Abweichungen und Forderung von Korrekturmaßnahmen
- Bewertung der vorgeschlagenen Korrekturmaßnahmen
- Prüfung der Umsetzung der Korrekturmaßnahmen.

### **3. Zuständige Vollzugsbehörden**

Der Vollzug der Aufgaben, die sich aus dem UVPG und der RohrFLtgV ergeben, liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Die Strukturen sind in den Bundesländern unterschiedlich. Der Vollzug findet je nach Bundesland auf unterschiedlichsten Ebenen statt. In Anlage 2 sind die für den Verwaltungsvollzug des UVPG bzw. RohrFLtgV zuständigen Behörden aufgelistet. Die Anlage 2 wird regelmäßig fortgeschrieben und auf der Internetseite des AfR veröffentlicht.

Darüber hinaus haben Recherchen der AG ergeben, dass innerhalb der Verwaltungsebenen der Vollzug unterschiedlichen Fachbereichen angegliedert ist, z. B. der Immissionsschutz / Arbeitsschutzverwaltung, Bergbauverwaltung, Umweltverwaltung.

Eine Ausnahme<sup>3</sup> bilden die Anlagen, die militärischen Zwecken dienen. Für diese obliegen bundeslandübergreifend dem Bundesministerium der Verteidigung und den von ihm benannten Stellen der Bundeswehr die Aufgaben des Vollzugs und der Überwachung sowie der Durchführung der Genehmigungsverfahren nach § 65 UVPG.

Eine weitere Ausnahme ist die Zuständigkeit für die Anerkennung und die Überwachung der Prüfstellen für Rohrfernleitungsanlagen. Hier ist stellvertretend für alle Bundesländer die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) zuständig.<sup>4</sup>

Die unterschiedlichen Strukturen und organisatorischen Anbindungen erscheinen unproblematisch, solange sichergestellt ist, dass für die Erledigung der einzelnen Aufgaben Mitarbeiter mit technischer Kompetenz, Mitarbeiter mit juristischer Kompetenz und Mitarbeiter mit administrativer Kompetenz eingesetzt werden. Deshalb ist der Einsatz von Technikern (Ingenieuren), Juristen und Verwaltungsfachpersonal erforderlich. Keiner dieser drei Kompetenzbereiche ist für eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben verzichtbar.

---

<sup>3</sup> Gemäß § 66 Abs. 8 seit Neufassung des UVPG im Juli 2017

<sup>4</sup> Diese Aufgabe wurde im geänderten Staatsvertrag zwischen den Bundesländern und der ZLS mit Wirkung zum 01. Juli 2016 aufgenommen.

## **4. Zusammenfassung / Ausblick**

Die Behörden, die für die Durchführung von Zulassungsverfahren für Rohrfernleitungsanlagen und deren Überwachung zuständig sind, sollten neben juristischen und administrativen Fachleuten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, die hohe technische Kompetenz nachweisen können und das komplexe Gebiet der Rohrfernleitungstechnik beherrschen. Nur so können sachgerechte und kompetente Bewertungen sowie Entscheidungen zu technischen Sachverhalten von den zuständigen Behörden getroffen werden. Betreiber, anerkannte Prüfstellen und Sachverständige sollten bei den zuständigen Behörden technisch kompetente Gesprächspartner antreffen.

Es wird empfohlen, den Bereich Rohrfernleitungsanlagen in die Ausbildungspläne für technische Referendare und Anwärter aufzunehmen. Des Weiteren ist eine zielgerichtete Fortbildung für die Bediensteten erforderlich (z. B. Pipeline-Seminar oder Pipeline-Symposium).

## Anlage 1 Aufgaben der Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen

|           |             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|-----------|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| UVPG      | §§ 5, 7, 9  | Feststellung der UVP-Pflicht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|           | §§ 65 f.    | Planfeststellung bzw. Plangenehmigung zur Errichtung, Betrieb und Änderung einer Rohrleitungsanlage                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|           | § 66 Abs. 2 | Nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen nach Planfeststellung bzw. Plangenehmigung                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
|           | § 68        | Überwachung der Bestimmungen des Bescheides nach § 65                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|           | § 69        | Ggf. Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| RohrFLtgV | § 4 Abs. 2  | Ggf. Anforderung, Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung der zusammenfassenden Dokumentation und deren Fortschreibungen                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|           | § 4 Abs. 3  | Entgegennahme, Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung der Anzeige einer endgültigen Stilllegung oder einer vorübergehenden Stilllegung von mehr als sechs Monaten sowie der erneuten Inbetriebnahme der Rohrfernleitungsanlage sowie die Nachverfolgung der Vorlage der hierzu erforderlichen Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung. Ggf. Feststellung der endgültigen Stilllegung |
|           | § 4 Abs. 5  | Anordnung gegenüber dem Betreiber zur Erfüllung der Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 4 und nach § 3                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|           | § 4a Abs. 1 | Entgegennahme der Anzeige zur Errichtung oder wesentlichen Änderung einer Rohrfernleitungsanlage im Sinne von § 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 mit einem Überdruck von mehr als einem Bar und Prüfung der angegebenen Bauart und Betriebsweise auf Einhaltung der Anforderungen des § 3 und auf Erfüllung der Anforderungen nach § 4 Abs. 1 bis 4                                                 |
|           | § 4a Abs. 2 | Beanstandung des Vorhabens innerhalb einer Frist von acht Wochen unter den Voraussetzungen der Nummern 1 und 2                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|           | § 5 Abs. 1  | Verlängerung des Zeitpunktes für die wiederkehrenden Prüfungen nach Satz 1 Nr. 6 auf bis zu drei Jahre auf Antrag des Betreibers aufgrund einer von einer Anlage ausgehenden geringen Gefährdung                                                                                                                                                                                              |
|           | § 5 Abs. 2  | Anordnung von zusätzlichen Prüfungen in besonderen Fällen über Absatz 1 hinaus                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|           | § 6 Abs. 1  | Entgegennahme und Prüfung von Nachweisen gleichwertiger Anerkennungen nach Satz 5 vor Aufnahme der Prüftätigkeit<br>Benennung der nach Satz 1 oder Satz 5 anerkannten Prüfstellen dem BMUV                                                                                                                                                                                                    |
|           | § 6 Abs. 2  | Prüfung des Antrags auf Einhaltung der Anforderungen nach Nrn. 1 bis 5                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|           | § 6 Abs. 3  | Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung als Prüfstelle innerhalb einer Frist von drei Monaten                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|           | § 7 Abs. 2  | Entgegennahme und Auswertung der Anzeige eines Schadenfalles nach den Nummern 1 bis 6                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|           | § 7 Abs. 3  | Anordnung einer sicherheitstechnischen Beurteilung des Schadensfalles durch eine Prüfstelle nach § 6 sowie Überwachung der Vorlage und deren Auswertung                                                                                                                                                                                                                                       |
|           | § 8 Abs. 1  | Ggf. Anforderung und Bewertung des Alarm- und Gefahrenabwehrplanes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|           | § 8a        | Überwachung mit der Möglichkeit zur Vornahme von technischen Ermittlungen und Prüfungen                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |

|  |      |                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|--|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | § 10 | Ggf. Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren                                                                                                                                                                                                                         |
|  | § 11 | Anordnung zur Anpassung von Rohrfernleitungsanlagen, die vor dem 3. Oktober 2002 ordnungsgemäß errichtet und betrieben worden sind oder mit deren ordnungsgemäßer Errichtung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden ist, an die Anforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit |

## **Anlage 2 Zuständige Vollzugsbehörden für den Bereich der Rohrfernleitungsanlagen im Sinne der RohrFLtgV**

(Stand: Entwurf Juni 2024) \*

### **Bundesländerübergreifend:**

#### **Anerkennung von Prüfstellen gem. § 6 RohrFLtgV:**

Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Rosenkavalierplatz 2

81925 München

E-Mail: [zls@zls.bayern.de](mailto:zls@zls.bayern.de)

#### **Für Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, obliegen dem Bundesministerium der Verteidigung und den von ihm benannten Stellen die Aufgaben des Vollzugs und der Überwachung gem. § 66 Abs. 8 UVPG:**

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr

BAIUDBw GS ÖrABw milPplSys

Fontainengraben 200

53123 Bonn

E-Mail: [BAIUDBwGSOerABw milPplSys@bundeswehr.org](mailto:BAIUDBwGSOerABw milPplSys@bundeswehr.org)

Tel.: 0228-5504-4393

| Bundesland                    | Vollzugsaufgaben<br>nach UVPG bzw. RohrFLtgV mit Ausnahme der<br>Anerkennung von Prüfstellen gem. § 6 RohrFLtgV                                                                                                                                                                                                                       | Rechtsgrundlage für die Zuständigkeit                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|-------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Baden-<br/>Württemberg</b> | <p>Regierungspräsidium Stuttgart<br/>Ruppmannstr. 21<br/>70565 Stuttgart</p> <p>Regierungspräsidium Karlsruhe<br/>Schloßplatz 1<br/>76131 Karlsruhe</p> <p>Regierungspräsidium Freiburg<br/>79083 Freiburg i. Br.</p> <p>Regierungspräsidium Tübingen<br/>Konrad-Adenauer-Str. 20<br/>72072 Tübingen</p> <p>Untere Wasserbehörden</p> | <p><a href="#">für Rohrleitungsanlagen Nrn. 19.4 bis 19.7 der Anlage 1 UVPG gem. Rohrleitungsanlagen-Zuständigkeitsverordnung – RohrZuVO BW u. für Rohrleitungsanlagen Nr. 19.3 der Anlage 1 UVPG gem. § 82 WG BW</a></p> <p>Vorhaben nach den Nummern 19.8 der Anlage 1 zum UVPG gem. § 80 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG)</p> |
| <b>Bayern</b>                 | <p>Regierung von Oberbayern<br/>Maximilianstr. 39<br/>80538 München,<br/>wenn die Rohrleitung das Gebiet einer<br/>Kreisverwaltungsbehörde überschreitet</p> <p>im Übrigen die Kreisverwaltungsbehörde</p>                                                                                                                            | <p><a href="#">Zuständigkeitsverordnung (ZustV)</a><br/><a href="#">Vom 16. Juni 2015</a><br/><a href="#">Teil 9 § 51 Abs. 4 S.1 Nr.2</a></p>                                                                                                                                                                                           |
| <b>Berlin</b>                 | <p>Örtliches Bezirksamt<br/>E-Mail: <a href="mailto:umweltschutz@senumvk.berlin.de">umweltschutz@senumvk.berlin.de</a></p>                                                                                                                                                                                                            | <p><a href="#">Allgemeines Zuständigkeitsgesetz (AZG), § 4 AZG</a> i.V.m.<br/>Allgemeiner Zuständigkeitskatalog (ZustKat AZG)</p>                                                                                                                                                                                                       |

|                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                                                                                         |
|--------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                    | <a href="https://www.berlin.de/umwelt/behoerden/umwelt-und-naturschutzaemter-der-bezirke/artikel.228641.php">https://www.berlin.de/umwelt/behoerden/umwelt-und-naturschutzaemter-der-bezirke/artikel.228641.php</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <a href="#">Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln)</a><br>i.V.m. Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben (ZustKat Ord) zu § 2 Abs. 4 Satz 1 ASOG Berlin. |
| <b>Brandenburg</b> | <p>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe<br/> Brandenburg,<br/> Inselstraße 26<br/> 03046 Cottbus<br/> <i>ist zuständig für die Aufgaben nach §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 3 Abs. 1, 4<br/> Rohrfernleitungszuständigkeitsverordnung (RohrFLtgZV Bbg) vom<br/> 4. August 2015 (GVBl.II/15, [Nr. 39])</i></p> <p>Landesamt für Umwelt Brandenburg<br/> Seeburger Chaussee 2<br/> 14476 Potsdam / OT Groß Glienicke<br/> <i>ist zuständig für die Aufgaben nach §§ 1 Abs. 2, 2 Abs. 2, 3 Abs. 2, 4<br/> RohrFLtgZV Bbg</i></p> | <a href="#">Verordnung zur Neuregelung der Zuständigkeiten für Rohrfernleitungen (RohrFLtgZV)</a><br><a href="#">Vom 4. August 2015</a>                                 |
| <b>Bremen</b>      | <p>Freie Hansestadt Bremen<br/> Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,<br/> Stadtentwicklung und Wohnungsbau<br/> Referat 34 - Wasser- und Deichrecht<br/> An der Reeperbahn 2<br/> 28217 Bremen</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <a href="#">Bremisches Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (BremUVPG)</a><br><a href="#">Vom 11.11.2019</a><br><a href="#">§ 2</a>                      |
| <b>Hamburg</b>     | <p>Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft<br/> Amt Immissionsschutz und Abfallwirtschaft sowie<br/> Amt Wasser, Abwasser und Geologie</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <a href="#">Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfung</a><br><a href="#">Vom 26. März 2003</a>                                    |

|                               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                               | Neuenfelder Straße 19<br>21109 Hamburg                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| <b>Hessen</b>                 | <p>Regierungspräsidium Darmstadt<br/>Luisenplatz 2<br/>64283 Darmstadt<br/>Telefon: +49 6151 12 0<br/>Telefax: +49 6151 12 6347<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@rpda.hessen.de">poststelle@rpda.hessen.de</a></p> <p>Regierungspräsidium Gießen<br/>Landgraf-Philipp-Platz 1-7<br/>35390 Gießen<br/>Tel.: Zentrale: 0641 - 303 0<br/>Fax: 0641 - 303 2197<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@rpgi.hessen.de">poststelle@rpgi.hessen.de</a></p> <p>Regierungspräsidium Kassel<br/>Am Alten Stadtschloss 1<br/>34117 Kassel<br/>Tel.: 0561 / 106 – 0<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@rpks.hessen.de">poststelle@rpks.hessen.de</a></p> | <p><a href="#">§ 1 Abs. 3 der Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden (Zuständigkeitsverordnung Wasserbehörden - WasserZustVO) vom 2. Mai 2011</a><br/>i.V.m. <a href="#">§ 64 Abs. 2 Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 14. Dezember 2010</a></p>                                                                           |
| <b>Mecklenburg-Vorpommern</b> | <p>A) Entscheidungen nach § 65 UVPG bei wasserbezogenen Vorhaben, wenn die Rohrfernleitungsanlage über die Grenzen eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt hinausgehen:</p> <p>Staatliche Ämter für Landwirtschaft und Umwelt:</p> <p>StALU Westmecklenburg<br/>Bleicherufer 13<br/>19053 Schwerin</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <p><a href="#">Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG)</a><br/><a href="#">Vom 30. November 1992</a><br/><a href="#">§ 107 Abs. 1 und 4</a></p> <p>Hinweis:<br/>Verfahren und Vollzugsaufgaben nach nicht-wasserrechtlichen Bestimmungen (z. B. Arbeitsschutz, Bergrecht) und hinsichtlich Rohrfernleitungsanlagen zum</p> |

|  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                          |
|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
|  | <p>Tel. 0385/58866 000<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@staluwm.mv-regierung.de">poststelle@staluwm.mv-regierung.de</a></p> <p>StALU Mittleres Mecklenburg<br/>Dienststelle Rostock<br/>An der Jägerbäk 3<br/>18069 Rostock*<br/>Tel. 0385-588 67 0<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@stalumm.mv-regierung.de">poststelle@stalumm.mv-regierung.de</a><br/>* ab voraussichtlich Anfang 2025:<br/>Blücherstraße 1-3<br/>18055 Rostock</p> <p>StALU<br/>Mecklenburgische Seenplatte<br/>Neustrelitzer Straße 120<br/>17033 Neubrandenburg<br/>Tel. 0385-588 69000<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@stalums.mv-regierung.de">poststelle@stalums.mv-regierung.de</a></p> <p>StALU Vorpommern<br/>Dienststelle Stralsund<br/>Badenstr 18<br/>18439 Stralsund<br/>Tel. 0385/ 588 68 000<br/>E-Mail: <a href="mailto:poststelle@staluvp.mv-regierung.de">poststelle@staluvp.mv-regierung.de</a></p> <p>B) Entscheidungen nach § 65 UVPG bei wasserbezogenen Vorhaben, die nicht unter A) fallen, sowie Vollzugsaufgaben hinsichtlich der Beschaffenheit und des Betriebs von Rohrfernleitungen zum Transport wassergefährdender Stoffe:</p> | <p>Befördern von nicht wassergefährdenden Stoffen bleiben unberührt.</p> |
|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|

|                            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|----------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                            | untere Wasserbehörde des jeweils örtlich zuständigen Landkreises / der kreisfreien Stadt                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| <b>Nieder-sachsen</b>      | Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie<br>Stilleweg 2<br>30655 Hannover                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <a href="#">Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz)</a><br><a href="#">Vom 27. Oktober 2009</a><br><a href="#">Anlage 10</a> |
| <b>Nordrhein-Westfalen</b> | <p>Bezirksregierung Köln<br/>Zeughausstr. 2-10<br/>50667 Köln</p> <p>Bezirksregierung Düsseldorf<br/>Cecilienallee 2<br/>40474 Düsseldorf</p> <p>Bezirksregierung Detmold<br/>Leopoldstr. 15<br/>32756 Detmold</p> <p>Bezirksregierung Arnsberg<br/>Seibertzstr. 1<br/>59821 Arnsberg</p> <p>Bezirksregierung Münster<br/>Domplatz 1 - 3<br/>48143 Münster</p> | <a href="#">§ 4 i.V.m Nrn. 7.7 u. 7.8 Anhang II Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz NRW (ZustVU) vom 03.02.2015</a>                                                                                                                                                                         |

|                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Rheinland-Pfalz</b> | <p>Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd<br/>Friedrich-Ebert-Straße 14<br/>67433 Neustadt</p> <p>Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord<br/>Stresemannstraße 3-5<br/>56068 Koblenz</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <p><a href="#">§ 64 Abs. 2 i.Vm. § 92 LWG RhPf für Anlagen im Sinne von Nr. 19. 3 Anlage 1 UVPG</a></p> <p>Hinweis: Für Anlagen im Sinne der Nr. 19. 4 bis 19.6 Anlage 1 UVPG besteht derzeit keine gesetzliche Regelung.</p>                                          |
| <b>Saarland</b>        | <p>für Anlagen nach der Nummer 19.3, 19.8 und 19.9 der Anlage 1 UVPG:<br/>Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz<br/>Don-Bosco-Str. 1<br/>66119 Saarbrücken</p> <p>für Anlagen nach den Nummern 19.4 und 19.5 und 19.7 der Anlage 1 UVPG:<br/>Oberbergamt des Saarlandes<br/>Am Bergwerk Reden 10<br/>66578 Schiffweiler</p> <p>für Anlagen nach der Nummer 19.6 der Anlage 1 UVPG:<br/>Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz<br/>Keplerstr. 18<br/>66117 Saarbrücken</p> | <p><a href="#">Verordnung über Zuständigkeiten und Aufgaben auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfung Vom 30. Juli 2003</a></p>                                                                                                                                 |
| <b>Sachsen</b>         | <p>Landesdirektion Sachsen<br/>09105 Chemnitz</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <p><a href="#">Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Zuständigkeit bei der Zulassung von bestimmten Leitungsanlagen und anderen Anlagen</a></p> <p>Hinweis: Verweist auf Teil 5 des UVPG, § 65 UVPG ist seit 29.07.2017 Bestandteil von Teil 6 UVPG.</p> |

|                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|---------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Sachsen-Anhalt</b>     | <p>Zuständige Behörde für Anlagen nach der Nummer 19 Anlage 1 zum UVPG (u. a. für Anlagen nach Rohrfernleitungsverordnung):<br/>Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt<br/>Ernst-Kamieth-Straße 2<br/>06112 Halle (Saale)</p> <p>Zuständige Behörde für Rohrleitungsanlagen, die dem bergrechtlichen Betriebsplanverfahren unterliegen:<br/>Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt<br/>An der Fliederwegkaserne 13<br/>06130 Halle (Saale)</p> | <p><a href="#">Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für Fernleitungen und künstliche Wasserspeicher (FernleitZustVO)</a><br/><a href="#">Vom 1. September 2020</a></p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
| <b>Schleswig-Holstein</b> | <p>für Anlagen nach der Nummer 19.3, 19.8 und 19.9 der Anlage 1 UVPG:<br/>Untere Wasserbehörden der Kreise und kreisfreien Städte</p> <p>für Anlagen nach der Nummer 19.4 bis 19.7 der Anlage 1 UVPG:<br/>Amt für Planfeststellung Energie (AfPE) im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein (MEKUN)<br/>Mercatorstraße 3<br/>24106 Kiel</p>                                                           | <p><a href="#">§ 3 Abs.1 Landesverordnung über die Zuständigkeit der Wasser- und Küstenschutzbehörden (Wasser- und Küstenschutzbehörden-Zuständigkeitsverordnung - WaKüVO)</a><br/><a href="#">Vom 4. Dezember 2019</a></p> <p><a href="#">§ 1 Abs. 1a Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach immissionsschutzrechtlichen sowie sonstigen technischen und medienübergreifenden Vorschriften des Umweltschutzes (ImSchV-ZustVO)</a><br/><a href="#">Vom 20. Oktober 2008</a></p> |
| <b>Thüringen</b>          | <p>Für Anlagen nach Nr. 19.4 bis 19.6 der Anlage 1 UVPG:<br/>Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN)<br/>Göschwitzer Straße 41<br/>07745 Jena<br/>Hinweis: Keine Angabe für 19.3 Anlage 1 UVPG.</p>                                                                                                                                                                                                                                        | <p><a href="#">§ 6 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (Thüringer UVP-Gesetz - ThürUVP-G-)</a><br/><a href="#">Vom 20. Juli 2007</a></p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |

*\* Die Tabelle wird regelmäßig aktualisiert.*

## **Mitglieder der AfR – Arbeitsgruppe „Vollzugsbehörden“**

|                        |                                                          |
|------------------------|----------------------------------------------------------|
| Bernd Anslinger (Gast) | Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH                    |
| Justus Döking (Gast)   | Bezirksregierung Münster                                 |
| Thomas Koerbel         | Bezirksregierung Münster                                 |
| Kathrin Kortenbach     | Evonik Operations GmbH                                   |
| Chantal Kuhl (Vorsitz) | Landesamt für Bergbau, Energie und<br>Geologie, Hannover |
| Dr. Johannes Müller    | Landesdirektion Sachsen                                  |
| Klaus Nießen           | Bundeswehr                                               |
| Diana Sandhop (Gast)   | Zentralstelle der Länder für<br>Sicherheitstechnik – ZLS |
| Sabine Sievers         | AIR LIQUIDE Deutschland GmbH                             |

---

**Geschäftsstelle des Ausschusses für Rohrfernleitungen**

in der

Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Unter den Eichen 44-46

D - 12203 Berlin

Telefon: +49 30 8104-3986

<http://www.afr.bam.de>

---